



Kleine Anfrage

Wiebke Knell (Freie Demokraten)

Kurzzeitige Straßensperrungen zur Ausübung der Jagd

Vorbemerkung:

Das Umweltministerium hat zum Schutz des Waldes die Abschusszahlen bei Reh- und Rotwild erhöht. Dazu wird auch weiterhin vor dem Hintergrund der Afrikanischen Schweinepest die intensive Bejagung des Schwarzwildes gefordert. Gerade die Bejagung von Schwarzwild kann effektiv im Rahmen von Gesellschaftsjagden erfolgen, die üblicherweise von Ende Oktober bis Januar stattfinden. In letzter Zeit verweigern jedoch die Regierungspräsidien als Obere Verkehrsbehörde die beantragten Straßensperrungen zur Ausübung von Gesellschaftsjagden, was zu Einschränkungen führt und den Einsatz von Jagdhunden gefährdet.

Ich frage/~~Wir fragen~~ die Landesregierung:

1. Welche Gründe sind der Landesregierung für die Versagung der sonst üblichen kurzzeitigen Sperrungen bekannt?
2. Wurden die Regierungspräsidien durch das Verkehrsministerium angewiesen, keine Sperrungen mehr zu genehmigen?
3. Wenn ja, wann und warum wurden die Regierungspräsidien angewiesen, die Genehmigungen nicht mehr zu erteilen?
4. Wie viele Anträge auf Straßensollsperrungen gab es in den jeweiligen Regierungsbezirken in den letzten drei Jahren?
5. Wie viele davon wurden genehmigt?
6. Gab es während der letzten drei Jahre Unfälle im Straßenverkehr, die während des Jagdbetriebes passierten?
7. Wenn ja, wie viele gab es in den jeweiligen Regierungsbezirken?
8. Ist es absehbar, dass die Abschusszahlen in diesem Jahr erreicht werden?
9. Gibt es bereits einen Rückgang von Verbisschäden durch die Heraufsetzung der Abschusszahlen?

Wiesbaden, den 2. Dezember 2019

Wiebke Knell

Wiebke Knell